

Protokoll

10. bundesweites Treffen des Aktionsbündnis Sozialproteste am 4. Februar 2006 in Erfurt

Das Treffen fand im Haus des Thüringer Sports in Erfurt von 11:30 bis 17:00 Uhr statt.

Protokollant: Edgar Schu

Folgende Tagesordnung war mit der Einladung vorgeschlagen worden:

1. Begrüßung und kurze Vorstellungsrunde
2. Stand zur Vorbereitung Bolkestein
3. Vorbereitungen Großdemo am 25. März (geändert: Vorbereitungen Großdemo in Berlin)
4. Kampagne gegen Zwangsräumungen, Stand der Dinge
5. Aktivitäten anlässlich der WM
6. Stand der Finanzdeckung der Hauptakteure, kurzer Finanzbericht
7. Vernetzungsaktivitäten der sozialen Initiativen und Gewerkschafter/Innen, Erwerbstätige und Erwerbslose
8. Beitrag zur Programmatik: Mindestlohn - Mindesteinkommen - Vergabegesetzaktivitäten
9. Rahmenantrag Überwindungsstrategie von Hartz IV der Linkspartei.PDS (Diskussion)
10. Verschiedenes

TOP 1: Begrüßung und kurze Vorstellungsrunde

Anwesend waren 51 Vertreter/innen aus Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Dresden, Eisenach, Erfurt, Gera, Göttingen, Gotha, Halle, Höxter, Jena, Karlsruhe, Leinefelde, Leipzig, Nordhausen, Nürnberg, Offenburg, Siegen, Sömmerda, Sondershausen, Suhl und Walkenried.

Initiativen aus Senftenberg, Finsterwalde, Eberswalde und Schwedt ließen herzliche Grüße ausrichten, weil sie zwar nicht bei dem Treffen anwesend sein konnten, aber an dessen Ergebnissen und der Beteiligung an geplanten Aktivitäten stark interessiert sind.

TOP 2: Stand zur Vorbereitung Bolkestein

Es werden sicherlich einige Menschen am 11.2. nach Strasbourg fahren. Aufgrund der Mobilisierung des Gewerkschafts-Vorstands für den 11.2. nach Berlin und für den 14.2. nach Strasbourg ist allerdings die Anreise nach Strasbourg am 11.2. nicht für alle Menschen möglich, die dies ursprünglich geplant hatten. Ein wichtiges Anliegen besteht nun darin, dafür zu sorgen, dass auch in Berlin ein klares „Nein“ zu Bolkestein deutlich wird. Zu diesem Zweck werden Klebestreifen mit dem Wort „Nein“ in allen europäischen Sprachen und dem Frankensteinkopf darauf vorbereitet, die am 11.2. in Berlin und in Strasbourg als Rollen zu je 66 m, insgesamt für Berlin und Strasbourg jeweils 5 km, zur Verfügung stehen werden. Dadurch soll eine optische Einheit der beiden Demonstrationen geschaffen werden. Viele anwesende Initiativen haben zugesagt, sich an der breiten Verteilung der Klebebänder in Berlin mit vielen Personen tatkräftig zu beteiligen. Konkrete Absprachen zwischen Berlin und den einzelnen lokalen Initiativen werden über das Vernetzungsbüro laufen.

TOP 3: Vorbereitungen Großdemo in Berlin

Es wurde berichtet, dass der Trägerkreis für eine Großdemo in Berlin es für kaum machbar hält, eine Großdemo am 25. März in Berlin zu organisieren. Zum Beispiel wären viele vor Ort in Berlin benötigte Aktivistinnen am 25. März bei der Konferenz zur Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels 07 in Rostock. Vom Berliner Trägerkreis wurde folgendes Angebot gemacht, das Rainer Wahls vorstellte:

- Zur Antikriegsdemonstration am 18. März sind die Sozialproteste eingeladen, einen Arm des Sternmarsches anlässlich drei Jahre Irakkrieg und drohender Kriegsgefahr gegen den Iran mit deutlichem sozialpolitischen Profil zu gestalten.
- Die geplante Großdemo sollte am Pfingstwochenende stattfinden. Am selben Wochenende könnte zusätzlich eine kurze Konferenz gemacht werden, und am Sonntag nachmittag ist schon jetzt der Karneval der Kulturen geplant.

Die Anwesenden einigten sich darauf, dass der gemachte Vorschlag eine gute Entscheidung wäre, weil so eine bessere Abstimmung mit den verschiedenen weiteren Spektren der sozialen Bewegungen möglich wäre. Auch eine Einschätzung der eigenen Kräfte ergab, dass eine zeitliche Verschiebung der Großdemonstration nach Meinung der Anwesenden wahrscheinlicher eine erfolgreiche Mobilisierung zum Ergebnis hätte als eine Mobilisierung zum 25. März.

TOP 4: Kampagne gegen Zwangsräumungen, Stand der Dinge

In einigen Kommunen, z.B. in Dresden und Leipzig, ist es tatsächlich schon zu Zwangsräumungen gekommen. In Berlin spitzt sich die Lage wahrscheinlich erst ab April zu.

Um die Kampagne gegen Zwangsumzüge und für die volle Erstattung der Mieten als bundesweite Kampagne in Schwung zu bringen, sind alle Anwesenden aufgefordert worden, die existierenden Notrufnummern gegen Wohnungsverlust an die Adresse [die-soziale-bewegung\(at\)web.de](mailto:die-soziale-bewegung(at)web.de) zu senden. Auch konkrete Fälle, in denen Menschen tatsächlich von den Behörden aus ihren Wohnungen vertrieben werden, sollen bitte an diese Adresse gemeldet werden. Ebenso Sachstände und auch Erfolgsmeldungen, wo Kommunen durch hartnäckige Intervention dazu gebracht werden konnten, die Mietobergrenzen anzuheben oder anderweitig Druck von den Betroffenen genommen worden ist. Am 22. Februar (alter Stand. neuer Stand: am 20. März, der Protokollant) soll eine bundesweite Pressekonferenz, an der Leute aus verschiedenen Regionen teilnehmen werden, in Berlin stattfinden. Organisiert werden wird diese u.a. von Peter Grottian und Rainer Wahls.

Zu dem sensiblen Punkt „Zwangsumzüge“ noch einige grundsätzliche Anmerkungen und Berichte aus den Regionen:

Es handelt sich um einen schleichenden Prozess. Verhinderungsaktionen und mediale Inszenierungen müssen rechtlich gut abgesichert sein. Es muss eine Auffangstruktur geben für die, die nicht in die Medien kommen. Und das ist problematisch. Ansonsten werden nur Einzelfälle hervorgehoben. Problem ist die Kostensenkungsverpflichtung. Selbst, wenn ALG-II-Bezieher in ihren Wohnungen bleiben können und die angemessenen Kosten dafür erstattet bekommen, reichen die Regelsätze nicht aus, um das Umziehen zu verhindern. Das Thema bleibt brisant. Eine offensive Medienarbeit kann nur mit abgesicherten (d.h. sauber recherchierten) Fällen erfolgen.

Einige Berichte:

Leipzig: ist bankrott. Es gab 800 Zwangsumzüge.

Braunschweig: Ein Hochhaus, das abgerissen werden sollte, bleibt stehen, weil es potenzielle Wohnungen für ALG-II-Bezieher bereitstellt.

Nürnberg: Hier wurden die Mietobergrenzen um 10% angehoben, weil „angemessene, das heißt preiswerte, bezahlbare Wohnungen für ALG-II-Bezieher fehlen.“

Aussagen aus anderen Städten: Zwangsumzugsbewegung ist ins Stocken gekommen, weil der entsprechende Alternativ-Wohnraum fehlt. In Obdachlosenpensionen werden oft 3 Personen in einem Zimmer untergebracht. Das rentiert sich am besten für die Maßnahmeträger. Diese verdienen daran.

Als Problem hat sich herausgestellt, dass die Warmwasserkosten bei Kosten für Unterkunft und Heizung herausgerechnet wurden. Das ist ungesetzlich.

Durch die Privatisierung der Wasserversorgung sind die Kosten gestiegen bei Wasser und Energie.

Es besteht die Gefahr der Gettoisierung.

Top 5: Aktivitäten anlässlich der WM

In Berlin soll ein Armutscamp im alten Postbahnhof organisiert werden. Auch über eine alternative Fußball-WM wird nachgedacht.

Auch die unter TOP 3 erwähnte Großdemo am 3.6. wird geeignet sein, wenige Tage vor dem offiziellen Beginn der WM bei Anwesenheit der internationalen Medien deutlich zu machen, dass es im reichen Deutschland eine Kehrseite der Medaille gibt.

TOP 6: Stand der Finanzdeckung der Hauptakteure, kurzer Finanzbericht

Edgar Schu berichtet, dass die Peter Vollmer-Stiftung einen Finanzantrag positiv beschied, der ausgehend von den Kosten des Treffens am 10. Dezember in Göttingen 350 Euro pro Treffen, also 2100 Euro für ein Jahr umfasste. Von diesem Geld sollen einerseits wie üblich bei Bedarf Fahrtkosten der Teilnehmer/Innen der bundesweiten Treffen zu 50 % erstattet werden. Außerdem gaben die Anwesenden ihr Einverständnis, dass, soweit die Gelder nicht vollständig für die bundesweiten Treffen verwendet werden müssen, ebenso ein Teil für die entsprechende Erstattung von Fahrtkosten von Kreis-Mitgliedern zu Vorbereitungstreffen, Konferenzen oder ähnliche Zwecke verwendet werden dürfen. Es soll bei der Stiftung nachgefragt werden, ob eine entsprechende zusätzliche Nutzung der Gelder das Einverständnis der Stiftung finden würde.

Weiterhin gab es eine Anfrage bei der Bewegungsstiftung, ob eine Förderung des ABSP möglich sei. Eine entgeltliche Entscheidung wird erst zum Sommer hin fallen.

Es wurden noch einmal alle Anwesenden dazu aufgefordert, evtl. durch eine monatliche Zahlung von einem selbstgewählten Betrag pro Initiative (beispielsweise zwischen 5 und 30 Euro) die bundesweite Vernetzungsstruktur, die Arbeit des Vernetzungsbüros und die verschiedenen weiteren Aufgaben, die für die Arbeit notwendig sind, durch eine **regelmäßige Überweisung auf das Spendenkonto** zu unterstützen.

TOP 7: Vernetzungsaktivitäten der sozialen Initiativen und Gewerkschafter/Innen, Erwerbstätige und Erwerbslose

Alle Anwesenden waren sich einig, dass eine breite gesellschaftliche Allianz von Erwerbstätigen und Erwerbslosen unbedingt notwendig ist, um einen Hebel zu haben, neue politische Perspektiven zu erstreiten. Die Forderungen, die die Belange beider Gruppen verbinden, lauten: Arbeitszeitverkürzung, gesetzlicher Mindestlohn, menschenwürdiges Grundeinkommen ohne Arbeitszwang und Bedürftigkeitsprüfung. Es gab die Idee, bei Gewerkschaften den Vorschlag zu machen, dass innerhalb ihrer Verwaltungen keine Dienstleistungen unter einem Mindestlohn bezahlt werden dürften - eine Initiative, mit der sie offensiv an die Medien heran treten könnten, um den gesetzlichen Mindestlohn zu thematisieren.

TOP 8: Beitrag zur Programmatik: Mindestlohn - Mindesteinkommen – Vergabegesetzaktivitäten

Zu diesem Punkt wurden verschiedene Diskussionsbeiträge und Ankündigungen gegeben.

Erfurter BI gegen Billiglohn:

Es geht um Mindestlohn und ein Mindesteinkommen. Beides muss voneinander unterschieden werden. Ein Mindestlohn von 1500,- Euro für Beschäftigte und ein Mindesteinkommen von 1000,- Euro zur Deckung seiner Grundbedürfnisse als Grundeinkommen für jeden Bürger werden angestrebt.

Gewerkschaften sollten Aufträge an Firmen vergeben, die Mindestlöhne zahlen. Es gibt die Möglichkeit der Verbandsklagen. Seit 1997 stagnieren oder sinken die Löhne. Diskussionen über Arbeitsgestaltung, Arbeitsbedingungen und die Definition von Grundbedürfnissen sind wichtig. Viele Firmen zahlen so wenig, dass ergänzende Sozialhilfe gewährt werden muss. Die Aktion „Goldene Nase“ aus Erfurt verweist auf diese. 938 Euro werden als Grundsicherung und Armutsgrenze genannt.

Weiterer Hinweis zu diesem TOP:

Am 21.2.06, 9:00 Uhr, wird in Gera vor dem Arbeitsgericht ein Prozess gegen 1-Euro-Jobs geführt. (Aktuelle Ergänzung des Protokollanten: nach Mitteilung von Andreas Hähle aus Gera ist der Termin durch das Gericht auf einen unbestimmten Termin verschoben)

Anmerkung zum Thema 1-Euro-Jobs: Es kann sein, dass 1-Euro-Jobs immer weniger vergeben werden. Vermutet werden dafür zweierlei Gründe:

1. 1-Euro-Jobs kommen für die Kommunen teurer als ABM, weil bei letzteren die Kosten der Unterkunft nicht gezahlt werden müssen und weil ABM vom Bund gezahlt werden.
2. Kombilohn-Modelle, die wahrscheinlich von niedrigeren Regelsätzen ausgehen und durch Zuverdienst erst wieder eine Aufstockung zum bisherigen Regelsatz herstellen, sollen scheinbar 1-Euro-Jobs ablösen.

TOP 9: Rahmenantrag Überwindungsstrategie von Hartz IV der Linkspartei.PDS (Diskussion)

Die Anwesenden waren sich einig, dass der vorliegende Entwurf zu sehr an der durch Hartz IV gegebenen Realität orientiert ist. Besonders die zu geringe Anhebung des Regelsatzes und der nicht ausreichend ausdrücklich geforderte Ausschluss eines Arbeitszwangs wurden moniert. Diese Kritikpunkte des ABSP sollen bei der Anhörung am 24. Februar unter anderem vorgebracht werden.

TOP 10: Verschiedenes

- Es wurde angemahnt, dass die alte Tradition der Arbeitslosenzentren wieder belebt werden solle. Die Sozialprotestinitiativen müssten den Erwerbslosen etwas anbieten können.
- Der Termin für das nächste Arbeitstreffen ist der 25. Februar in Berlin, als Arbeitsgruppe bei einer Konferenz gemeinsam mit verschiedenen sozialen Bewegungen (genauer Ort und Zeit stehen in der Datei als Anhang an dieser Rundmail, Anmerkung Protokollant). Das nächste bundesweite Treffen ist voraussichtlich am 1. April. Der Ort wird Leipzig oder Göttingen sein.

Rainer Wahls (Berlin), Ottokar Luhn (Gotha), Edgar Schu (Göttingen), Helmut Woda (Karlsruhe), Jürgen Belitz (Nürnberg) [bei dem Treffen in Erfurt anwesende Mitglieder des Koordinierungskreises]

Aktionsbündnis Sozialproteste

Koordinierungsstellen: Michael Maurer, [m.m\(at\)dalichow-online.net](mailto:m.m(at)dalichow-online.net) (Brandenburg); Ottokar Luhn, [info-gotha\(at\)offenesbuenndnis.de](mailto:info-gotha(at)offenesbuenndnis.de) (Thüringen); Helmut Woda, [Helmut.Woda\(at\)web.de](mailto:Helmut.Woda(at)web.de) (Karlsruhe); Jürgen Belitz, [juergen-belitz\(at\)web.de](mailto:juergen-belitz(at)web.de) (Nürnberg/Nordbayern) Detlef Spandau, [Detlef.Spandau\(at\)gmx.net](mailto:Detlef.Spandau(at)gmx.net) (Ostwestfalen/Lippe) Rainer Wahls, [Rwahls\(at\)web.de](mailto:Rwahls(at)web.de) (Berlin); Wolfram Altekruöger, [W.Altekrueger\(at\)gmx.de](mailto:W.Altekrueger(at)gmx.de)

Vernetzungsbüro: Renate Gaß, [RenateHGass\(at\)aol.com](mailto:RenateHGass(at)aol.com) (Kassel); Edgar Schu, [E.Schu1\(at\)gmx.de](mailto:E.Schu1(at)gmx.de) (Göttingen)

Wissenschaftliche Beratung: Peter Grottian, [pgrottia\(at\)zedat.fu-berlin.de](mailto:pgrottia(at)zedat.fu-berlin.de)

Konto: Stichwort: Aktionsbündnis Sozialproteste, Konto-Nr. 94 72 10 308, Kontoinhaber: Edgar Schu, Postbank Hannover, BLZ: 250 100 30